



DUH – Hintergrund

Rauchzeichen aus der klimapolitischen Steinzeit

Kurzbewertung eines klimapolitischen Positionspapiers des BDI und seiner Kommentierung durch Mitglieder des Industrieverbandes¹

Mit dem Entwurf eines Positionspapiers zur Klimapolitik dokumentiert der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), dass er die sieben rot-grünen Jahre noch im Nachhinein als Betriebsunfall der deutschen Geschichte betrachtet. Dieser Befund trifft ebenso zu für die Mehrzahl seiner Mitglieder, die das Papier grundsätzlich begrüßen und in 83 Anmerkungen kommentieren. Nun, nachdem der Spuk vorbei ist, soll nach den Vorstellungen der meisten Diskutanten das Rad der Geschichte zurückgedreht werden. Energiepolitik würde bei Umsetzung dieser Vorstellungen wieder das, was sie zuletzt in den achtziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts war: Standortpolitik für die dominierenden Energieerzeuger auf der einen und die wichtigsten industriellen Energieverbraucher auf der anderen Seite. Und der Klimawandel? Taugt allenfalls als Treibsatz für längere Laufzeiten von Atomkraftwerken von bis zu 60 Jahren.

Die Autoren und Diskutanten des Papiers sind besorgt – jedoch erkennbar mehr über die angenommenen Folgen der Klimapolitik als über die des Klimawandels. Das unterscheidet sie massiv von der bundesdeutschen Gesellschaft, in der die Notwendigkeit einer entschlossenen Klimaschutzpolitik weitgehend Konsens ist. Das wissen auch der BDI und seine Mitglieder, weshalb in weiten Passagen die Notwendigkeit einer wirksamen und effizienten Klimapolitik („eine wichtige politische Zukunftsaufgabe“) nicht bestritten wird. Das allgemeine Bekenntnis steht jedoch in krassem Gegensatz zu fast allen vorgeschlagenen klima- und energiepolitischen Strategien.

Das Grundsatzpapier unter dem Titel „Wettbewerbsfeld globaler Klimaschutz: deutsche Kernkompetenzen optimal nutzen“ wurde in der Fachabteilung Umweltpolitik des BDI offensichtlich seit Monaten vorbereitet und bis in den Sommer 2005 hinein den laufenden internationalen Entwicklungen (G8-Gipfel in Gleneagles, „Asia-Pacific Partnership on Clean Development and Climate“) angepasst. Erkennbar zielte es auf einen als sicher angenommenen Regierungswechsel in Berlin und den beim Montrealer Klimagipfel bevorstehenden Einstieg der internationalen Klimapolitik in die Verhandlungen über die Zeit nach der ersten Kyoto-Periode. Die neue Regierung – erwartet wurde offensichtlich nicht die Große Koalition – sollte frühzeitig mit Argumenten gegen die Fortsetzung des Kyoto-Prozesses munitioniert werden.

Als „richtungweisend“ gelten den Autoren die Beschlüsse des G8-Gipfels von Gleneagles und mehr noch die von den Kyoto-Verweigerern USA und Australien initiierte Asia-Pacific Partnership (APP). Diese ebenso kurzfristig wie überraschend vereinbarte Partnerschaft unterscheidet sich von den Kyoto-Vereinbarungen vor allem dadurch, dass sie nicht einmal den Anspruch verbindlicher Klimaziele erhebt, sondern es bei Absichtserklärungen

¹ Der Deutschen Umwelthilfe e.V. (DUH) ist der Entwurf eines klimapolitischen Positionspapiers des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) zugegangen. Es datiert vom 25.10.2005 und enthält neben dem eigentlichen Text insgesamt 83 teils zustimmende, teils ablehnende Anmerkungen aus acht Mitgliedsverbänden und drei Konzernen (Bayer; BASF, E.on Ruhrgas)

über die gegenseitige Unterstützung beim Einsatz von „Clean Technologies“ belässt. Das sind Banalitäten, gegen die kein Kyoto-Verfechter Einwände erheben wird (weshalb auch Kyoto-Staaten wie China, Indien und Japan dabei sind). Aber genau die Unverbindlichkeit ist es, die diese Initiative für den BDI so überaus attraktiv macht. Unter der neuen Flagge lassen sich alle energie- und klimapolitischen Entwicklungen der rot-grünen Ära (verbindliche nationale Klimaziele, Ökosteuer, Emissionshandel, Erneuerbare Energien Gesetz, KWK-Gesetz) und im übrigen auch der EU-Klimapolitik systematisch in Frage stellen, wenn nur der Staat (natürlich wird nach dem Staat gerufen!) mit entsprechenden Initiativen auf dem internationalen Parkett den Technologieaustausch mit kräftigen Subventionen ankurbelt. Entspannung in den nicht zuletzt wegen der rücksichtslosen Klimapolitik der USA belasteten deutsch-amerikanischen Beziehungen gäbe es als Zugabe.

Als der BDI einen Monat vor der Bundestagswahl zwar nicht mit dem hier zur Rede stehenden Grundsatzpapier selbst, aber mit der darin enthaltenen zentralen Stoßrichtung an die Öffentlichkeit ging, fiel die Reaktion anders aus als erhofft. Auf die Aufforderung des Industrieverbandes zur Flucht aus dem Kyoto-Protokoll und die Hinwendung zur „Nachmir-die-Sintflut-Strategie“ der Bush-Administration, reagierten alle politischen Lager empört. Der brachiale Versuch, die seit Anfang der neunziger Jahre von allen Regierungen getragene Klimapolitik Deutschlands und zuletzt auch EU-Europas aufzukündigen, fand in keiner Partei Unterstützung. Ungewollt hatte der BDI mit dieser politisch-strategischen Großtat im Wahlkampf auch das Lager der von ihm erhofften neuen Regierungsmehrheit aus Union und FDP noch einmal hinter dem längst nicht überall beliebten Kyoto-Protokoll vereint. Die Langfassung dieses fundamentalen Strategiewechsels wurde nach dem geplatzten Versuchsballon vor der Wahl weggeschlossen und schließlich am 19. September, dem Tag nach der Wahl, ohne jede Kommentierung geräuschlos ins Netz gestellt.

(<http://www.bdi-online.de/sbrecherche/infostartpage.asp?InfoID={C502B57B-6683-4ACB-8D8F-E6FAEF8326CE}>).

In dem Positionspapier selbst wird vor allem eine Erkenntnis in allen möglichen Varianten wiederholt: Klimaschutzpolitik ist Wirtschaftspolitik. Diese Wahrheit ist weder neu noch umstritten. Politiker und Unternehmer, die nicht dem Dunstkreis des BDI entstammen, haben auf ihrer Grundlage die Bedingungen dafür geschaffen, dass Deutschland heute immerhin bei einer der globalen Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts, den Erneuerbaren Energien, zur absoluten Weltspitze gehört. Binnen weniger Jahre und inmitten der deutschen Dauerdepression, ist praktisch aus dem Nichts eine neue Branche mit zweistelligen Milliardenumsätzen entstanden – nicht mit sondern gegen den BDI und die Mehrheit seiner Mitglieder.

Der BDI zieht aus der richtigen Erkenntnis, dass Klimapolitik Wirtschaftspolitik ist, ganz andere Schlüsse. Klimapolitik sei im Prinzip gut und wichtig, schließlich mag unter dem Eindruck verheerender Waldbrände und im Meer versinkender Metropolen kaum jemand seine Ignoranz durch verbale Ablehnung dokumentieren. Voraussetzung für die Fortsetzung jeder Form aktiver Klimapolitik ist für den BDI allerdings, dass alle, wirklich alle mitmachen: die USA und Australien, China und Indien, Spanien und Portugal usw. „Nur globale Lösungen, die auf langfristigen Strategien basieren, werden zu den gewünschten Ergebnissen führen.“ Über mögliche Wege dorthin findet sich auf den 24 eng bedruckten Seiten des BDI-Papiers buchstäblich nichts. Originalton: „Die zukünftige Klimapolitik ist ein Schlüsselfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und damit für die Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven am Standort Deutschland.“ Wer wollte da widersprechen. Dann allerdings folgt die klare Aussage, die deutsche Industrie habe bereits „die höchstmögliche Energie- und Ressourceneffizienz hergestellt“ und nun seien erst einmal alle anderen dran.

Auf insgesamt 16 Vorschläge bringt es das Papier. Angefangen mit der Forderung nach Aufkündigung des bisherigen klimapolitischen Konsenses durch Abkehr vom Kyoto-Protokoll, solange nicht „alle großen Emittenten an Bord sind“, über einen ominösen „Klimapakt von Wirtschaft und Politik für mehr Wertschöpfung in Deutschland“ und die Beendigung der „überzogenen Vorreiterrolle“ Deutschlands, über das Plädoyer für den Schulterchluss mit der neuen Bush-Allianz APP und für marktbasierende politische Rahmenbedingungen (ein Code, der an anderer Stelle aufgeschlüsselt wird: „die gegenwärtige Förderung regenerativer Energien verzerrt den Wettbewerb“), über staatlich finanzierte Energie-Forschungsprogramme, und ein flammendes Plädoyer für die auf EU-Ebene hoch umstrittene Beibehaltung der milliardenschweren Ökosteuer-Ermäßigungen für die Industrie, bis hin zur Forderung nach einem nachfragegerechten Ausbau von Autobahnen (als Klimaschutzmassnahme!) und zur Ablehnung eines Emissionshandelssystems für den Flugverkehr usw., usf.

Wohl selten wurde der reale Klimawandel so umfassend und ungehemmt als Möglichkeit zur Beförderung eigener Partikularinteressen in Anspruch genommen wie in diesem Forderungskatalog. Den Charakter der Zusammenstellung erfasst am besten, wer gedanklich statt Klimaschutz das Wörtchen „Wirtschaftsförderung“ einsetzt. Fast nichts müsste verändert werden. Der Forderungskatalog umfasst das, was alte Industrien überall und zu jeder Zeit von jedem Staat gefordert haben und weiter fordern: Klimaschutz ist nach dieser Philosophie dann akzeptabel, wenn er zuallererst den Fortbestand aller bestehenden Industrien sichert. Er ist hingegen inakzeptabel, wo der Staat den Anspruch erhebt, den angesichts des Klimawandels notwendigen und in der realen Welt ohnehin anstehenden Strukturwandel zu flankieren und wo nötig zu beschleunigen. Andererseits ertönt ohne jeden Skrupel der Ruf nach Finanzhilfen vom Staat: Für den „bestmöglichen Klimaschutz“ muss die Politik danach trachten, „die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Industrie zu erhöhen“. Zum Beispiel, indem er die „weltweite Verbreitung“ jener Produkte aus dem Land des Exportweltmeisters Deutschland zusätzlich fördert, die angeblich sowieso die energieeffizientesten der Welt sind – und deshalb solcher Hilfe gar nicht bedürftigen. Tatsächlich setzen die Autoren auf den Export von Klimaschutztechnik. Dahinter steht die insbesondere von den Energiekonzernen mit Kohlebasis befeuerte Vorstellung, Klimaschutz sei überall gut und wichtig, nur nicht in Deutschland – wo derzeit Strom aus Erneuerbaren Energien zunehmend Kilowattstunden aus Kohlekraftwerken verdrängt.

Die interne Kommentierung: Sittengemälde im Angesicht des Klimawandels

Noch erhellender - und nebenbei: auch unterhaltsamer - als das langatmige BDI-Pamphlet selbst, lesen sich die inzwischen bei dem Industrieverband eingegangenen Anmerkungen und Diskussionsbeiträge der gewichtigsten BDI-Mitglieder. Sie schmücken die der Deutschen Umwelthilfe e. V. zugegangene Version des Positionspapiers. Nach der Bundestagswahl wurde das Werk vom BDI zur internen Diskussion frei gegeben. Bis zum 25. Oktober 2005 hatten die Diskutanten ausweislich des vorliegenden Papiers 83 Anmerkungen und Kritikpunkte vorgebracht, die akribisch und sortiert nach Absender an den Ursprungstext angehängt wurden.

Aus den Einwüfen ergibt sich ein teils erhellendes, teils überraschendes, teils deprimierendes Sittengemälde der großen deutschen Industriekonglomerate im Angesicht des Klimawandels. Für Klimafachleute und Beobachter der Energiepolitik sind sie eine Fundgrube, für Beobachter der Weltklimakonferenzen eine exzellente Einstimmung auf jene Einflüsse und Einflüsterungen, denen jede deutsche Regierungsdelegation auf dem internationalen Konferenz-Parkett von gewichtiger Seite ausgesetzt sein wird und denen sie mal nachgibt und mal nicht. Die wenig gewagte Prognose lautet: Wer dieses Papier gelesen

hat, dem wird manche Aussage manches deutschen Klimapolitikers in den nächsten Jahren bekannt vorkommen. Schlag nach beim BDI, könnte in diesem Zusammenhang ein schönes und hilfreiches Motto werden. Ganz unabhängig davon, ob das Positionspapier in dieser oder ähnlich Form irgendwann auch offiziell veröffentlicht wird.

Die Mehrzahl der Beteiligten findet in ihren Stellungnahmen zunächst höfliche Worte („Wir stimmen mit den wichtigsten Kernaussagen der Entwurfsfassung überein“, Bayer, S.1) für das Klimawende-Papier aus der BDI-Fachabteilung Umweltpolitik. Aber es gibt auch harsche Kritik – von beiden Seiten. Insgesamt zu lasch findet unter anderem die Wirtschaftsvereinigung Stahl (WVS) die Abkehr vom bisherigen klimapolitischen Konsens („An mehreren Stellen wird ... festgestellt, dass Klimavorsorge absolute Emissionsobergrenzen zwingend voraussetzt. ... Zumindest wir lehnen diese Form des Emissionshandels mit absoluten Emissionsobergrenzen ab“, S.2). Und BASF (S.2) stellt fest, schon der Titel des Papiers sei ein „Spiegelbild oft einseitiger Klima-Politik der letzten Jahre“, weil in ihm die Frage der „globalen Wettbewerbsfähigkeit“ nicht auftauche. Auf der Gegenseite konstatiert etwa der Wirtschaftsverband Stahlbau und Energietechnik (SET, S.1) einen „grundsätzlichen Mangel“. Der Entwurf sage „gleich im ersten Satz und auch im Folgenden, wie es mit Kyoto nicht weitergehen soll, ohne einen Weg zu weisen, wie es weitergehen soll“. Ähnlich argumentiert der Mineralölwirtschaftsverband (MWV, S.2), der vor dem „Eindruck des Blockierens“ warnt. Der Verband des Deutschen Maschinen- und Anlagenbaus (VDMA, S.2), in dem u. a. viele der am Windkraftboom beteiligten Unternehmen organisiert sind, schlägt in dieselbe Kerbe: Die Abkehr des BDI von Kyoto stelle „planbare und verlässliche Rahmenbedingungen ... geradezu in Frage“. Und: „Absolute Emissionsminderungen“ seien „die Basis für einen erfolgreichen Klimaschutz.“

Interessanter noch sind die Einlassungen der einzelnen Verbände oder Unternehmen zu konkreten Aussagen. Für den Gesamtverband Steinkohle (GVSt) stellt schon die an Banalität kaum zu überbietende Aussage: „Das Ziel der Klimarahmenkonvention kann mutmaßlich nur durch eine Begrenzung der weltweiten Treibhausgasemissionen erreicht werden“, eine nicht hinzunehmende Provokation dar. GVSt-Kommentar: „Ein Papier der deutschen Wirtschaft sollte sich nicht in ´vorausgehendem Gehorsam´ Positionen von Greenpeace und auch nicht ohne weiteres der EU-Kommission zu eigen machen“ (S.5). Der GVSt schreitet stets protestierend ein, wo es um mögliche „absolute Emissionsminderungsziele“ geht. Andere Textproben aus der Kohlelobby: Die deutsche Industrie habe die Kyoto-Vorgaben bereits übererfüllt: „Verschärfte klimapolitische Anforderungen sind für die deutsche Wirtschaft nicht erforderlich“ (S.6). Ähnlich entschieden besteht auch der BASF-Konzern an mehreren Stellen des Papiers auf seiner unternehmerischen Freiheit zur ungebremsen Aufladung der Atmosphäre mit Treibhausgasen. So wehrt sich die BASF gegen „international abgestimmte und verbindliche Rahmenbedingungen für CO₂-ärmere Umwandlungs- und Produktionsverfahren“. Dies „wäre ein massiver Eingriff in die Entscheidungsfreiheit der Unternehmen und wird von uns abgelehnt“ (S.7).

In den Anmerkungen finden sich Dutzende von Beispielen, in denen die Partikularinteressen der Absender in seltener Offenheit vorgebracht werden – bis hin zu detaillierten taktischen Überlegungen der BASF, wie ein der neuen Regierung anzubietender „Klimapakt für mehr Wertschöpfung in Deutschland“ als Druckmittel zur Sicherung der Ökosteuer-Privilegien der Industrie eingesetzt werden kann. (BASF. S. 15). Offener und offensiver als bisher verlangt auch der Verband der Automobilindustrie (VdA) die Verlagerung der Klimaschutz-Bemühungen im Straßenverkehr weg von den „rein fahrzeugseitigen Minderungen“ hin zu einem „integrierten Ansatz“, in der „gesamten Mobilitätskette“. Dahinter verbirgt sich die – in der Öffentlichkeit freilich noch geleugnete – Erwartung, dass die europäischen Automobilhersteller ihre gegenüber der EU zugesagten Verbrauchsminderungen bis 2008 bzw. 2010/2012 nicht werden einhalten können und nun nach Schlupflöchern

suchen. Dazu soll der Anteil von Diesel-Pkw weiter gesteigert und die Beimischung von Biofuels zum Kraftstoff eingerechnet werden (S.20) – wobei die letzte Forderung bereits Eingang in die schwarz-rote Koalitionsvereinbarung gefunden hat.

Eine interessante, für manche möglicherweise überraschende Rolle spielt schließlich ausweislich der Anmerkungen der E.on Ruhrgas-Konzern, dessen Management offensichtlich die Rigorosität der Aufkündigung des bisherigen Klimaschutzkonsenses und seine Kohlelastigkeit nervt. E.on Ruhrgas ist zunächst mit der Hinwendung des BDI zu der Asia-Pacific-Partnerschaft, die der Konzern offensichtlich für unseriös hält, ganz und gar nicht einverstanden („Will der BDI hier tatsächlich ernst genommen werden?“ S.9/10). Auf den im BDI-Papier hervorgehobenen Satz: „In Deutschland setzt die Klimapolitik die Grenzen für die Wirtschaftspolitik“ ätzt E.on Ruhrgas zurück: „Es kann doch wohl nicht ernst gemeint sein, dass die Klimapolitik die Grenzen für die Wirtschaftspolitik setzt“, S.11). Gleich mehrfach beschwert sich der Düsseldorfer Konzern, dass in dem Papier alle Energieträger einschließlich Erneuerbare Energien und Biomasse behandelt würden, man darin jedoch „nicht eine Zeile zu Erdgas“ finde: „Ist es Absicht, ausgerechnet den klimaverträglichsten fossilen Energieträger nicht einmal namentlich zu nennen?“ (S.22)

Insgesamt belegen jedoch das BDI-Papier selbst und die Mehrzahl der Anmerkungen vor allem eines: Die Manager in den großen, insbesondere in den großen alten Industrien Deutschlands machen sich große Sorgen. Doch diese Sorgen sind geprägt von einem beängstigenden Ungleichgewicht. Für eine nachhaltige Entwicklung Deutschlands (und der Welt) und vermutlich auch der weitaus meisten im BDI organisierten Unternehmen wäre es auf die mittlere Sicht von großem Vorteil, wenn sie sich um die *Klimapolitik* halb soviel und um den *Klimawandel* doppelt soviel Sorgen machen würden.

Berlin 30.11.2005

*Gerd Rosenkranz, Deutsche Umwelthilfe e.V., Hackescher Markt 4, 10178 Berlin,
Tel.: 030/ 25 89 86-15, mobil 0171/ 56 60 577, E-Mail: rosenkranz@duh.de*